

OFFENER BRIEF

c/o Dr. Hans-Gerhard Koch
Sonneberger Str.10
90765 Fürth
Tel. 0911-794507
email: hgkoch@nefkom.net

An das
Sozialwissenschaftliche Institut der EKD
z.-Hd. Herrn Prof. Dr. Gerhard Wegner
Arnswaldtstr. 6, 30159 Hannover
und die
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle
z.-Hd. Herrn Msgr. Prof. Dr. Peter Schallenberg
Brandenberger Straße 33 41065 Mönchengladbach

Sehr geehrter Herr Professor Schallenberg, sehr geehrter Herr Professor Wegner!

Wir, die Kirchlich-Gewerkschaftliche Initiative Bayern, waren die ersten, die einen Gastbeitrag auf der Diskussions-Seite www.sozialinitiative-kirchen.de eingebracht haben. Wir haben seitdem die Diskussion dort aufmerksam verfolgt. Wir entnehmen den Berichten vom Kongress am 18.Juni 2014 in Berlin, dass die Frist für Diskussionsbeiträge bis Februar 2015 verlängert wurde und Sie als die beiden Fachinstitute beauftragt sind, eine so genannte „Gemeinsame Ökumenische Feststellung“ (Kardinal Marx) vorzubereiten.

Sie stellen sicherlich wie wir fest, dass die überwältigende Mehrzahl der Gastbeiträge den Text „Gemeinsame Verantwortung für eine gerechte Gesellschaft“ kritisch sieht. Wir erwarten, dass diese Kritik auch in Ihrer Bilanz deutlich wird und dass sie die Punkte benennen, in denen nicht nur wir, sondern auch viele andere Stellungnahmen das Papier problematisch finden.

Nur drei Beispiele:

- Dass im Text den „Sozialreformen der letzten zehn Jahre“ „offensichtliche Erfolge“ bescheinigt werden (S.42) sehen viele wie wir an der Grenze zu einer Verhöhnung der von Niedriglöhnen und unzureichenden Grundsicherungsätzen betroffenen Menschen.
- Noch mehr verachtet fühlen sich womöglich die Menschen in Griechenland, Italien, Spanien und Portugal, wenn ihnen nun die angeblich erfolgreichen Sozialreformen Deutschlands aufgezwungen werden.
Wenn im Kapitel über den demografischen Wandel (S. 38 ff.) die Verteilungsfrage zwischen Arbeits- und Kapitaleinkommen völlig ausgeklammert wird, relativiert sich für uns alles, was da an Richtigem stehen mag.
- Wir verstehen nicht, warum in den Ausführungen über den Mindestlohn (S. 48) die wissenschaftlich längst widerlegten Behauptungen wiederholt werden, es könnten durch einen Mindestlohn bestehende Arbeitsplätze verdrängt und neue verhindert werden.

Wenn schon der Text der „Sozialinitiative“ nicht verändert werden soll, so sollte doch wenigstens der eindeutige Tenor der Diskussion in einem abschließenden Papier deutlich werden.

Nur so werden die Kirchen, wie sie es möchten, in der Diskussion über die gesellschaftliche Zukunft ernst genommen. Nur so fühlen sich auch die Teilnehmer an der Diskussion über die Sozialinitiative, zum Beispiel wir, ernst genommen.

Mit herzlichem Gruß

Für die KGI Bayern

Thomas Engelhard, Geschäftsführer ver.di Mittelfranken a.D.

Dr. Hans-Gerhard Koch, Sozialpfarrer i.R.